

KOLUMNE: „Es muß was gschehn, es derf aber nix passiern!“



Von
Hannes Burger

Zur Eröffnung der Bayerischen Vertretung in Prag hatte ich im Dezember in einem Kommentar geschrieben: „Die gute Nachbarschaft der Kommunen beiderseits der Grenze mit Tschechien leidet am Desinteresse der zentralistischen Ministerien in den Hauptstädten München und Prag.“

Dieser Vorwurf hat wohl Heimatminister Markus Söder (CSU) an sein kühles Herz gerührt. Prompt hat er getan, was Minister tun – nach dem Motto: „Es muß was gschehn, es derf aber nix passiern!“ Gemeinsam mit einem Prager Kollegen hat Söder für die teure Heimat ein teures Gutachten in Auftrag gegeben: Eine Expertise für 300 000 Euro soll aufzeigen, wie Bezirke beiderseits der Grenze aufgewertet werden und sie enger verzahnt werden können: zum Beispiel mit Bildungs- und Technologie-Netzwerken, sowie gemeinsamer Verkehrsplanung. Das wissen alle Bezirksräte Oberfrankens, Niederbayerns und der Oberpfalz!

Für so ein Gutachten passt die Überschrift: „Grenzüberschreitendes Armutszeugnis für Ministerien.“ Das alles ist nämlich in den drei tschechischen und bayerischen Grenzbezirken längst bekannt; in unzähligen Anträgen und Forderungen von Bezirks- und Landräten, sowie in Gutachten von Landesplanern schimmeln Vorschläge in Schubladen und Archiven der Ministerien vor sich hin.

Man muss sich ja nur vorstellen: Wie würde die Nachbarschaft zwischen Oberbayern und Schwaben mit Österreich ablaufen, wenn man sich seit 70 Jahren englisch und per Dolmetscher verständigen müsste und nur eine Auto- und Eisenbahn über die Grenze hätte. Es geht also zuerst um beiderseitige Förderung der Nachbarschaft in Schulen und Hochschulen der Grenzbezirke – als Voraussetzung für Wirtschaft,

Kultur, Wissenschaft und Tourismus. Ein Kulturabkommen ist jetzt fertig, über ein Schulabkommen mit Prag verhandelt Kultusminister Spaenle. Braucht er dazu ein Gutachten? Wohl kaum.

Es geht ferner um mehr Grenzübergänge und den Ausbau der miserablen Verkehrs-Infrastruktur über die Grenze. Auch dafür muss in München kein Ministerialbeamter sein kostbares Hinterteil lüften und selbst einmal in die Bezirke des „Wilden Ostens“ fahren. Es gibt nichts Neues unter dem Böhmerwald-Himmel! Beiderseits der Grenze können ihnen Regierungs- und Bezirkstags-Präsidenten, sowie Bezirks-Hauptleute sagen, was im Grenzland fehlt. Alles „dem Amte wohlbekannt“, aber nie umgesetzt, weil kommunale Ebenen für einige Dinge halt die Regierung brauchen. Dort ist für jedes Problem ein anderer Minister zuständig, aber niemand, der das Chaos koordinieren kann.

Dank der Initiative von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sind die Regierungen Bayerns und Tschechiens aus ihrem

Burgers Bayern

politischen Dornröschenschlaf erwacht. Nicht nur, aber vor allem Grenzbezirke sind davon betroffen, dass München und Prag das an Nachbarschaft nachholen wollen, was sich seit Kriegsende mit Österreich und der Schweiz entwickelt hat. Was an Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene möglich ist, wurde auch im Bayer- und Böhmerwald im Bereich Wirtschaft, Kultur und Schulen seit der Grenzöffnung verwirklicht. Am intensivsten wird die Nachbarschaft im Bezirk Oberpfalz gelebt, weil es dort die besten Verkehrsverbindungen und gute historische Beziehungen gibt. Aber in allen sechs Grenzbezirken beider Seiten gibt es ein Problem, das sich nur gemeinsam lösen lässt: Gegen die Abwanderung der Jugend hilft nur die Entwicklung eigener Potentiale.

Berufsfachschulen für Krankenpflege auf Nachwuchssuche

Bewerber für morgen finden

Zahlreiche Ausbildungsberufe leiden auch in Bayern unter einem Mangel an Bewerbern. Firmen beklagen dabei nicht selten eine unzureichende Qualität der Bewerber. Auch die Berufsschulen für Krankenpflege und Krankenpflegehelfer kämpfen auf einem engen Markt um neue Schüler. Dabei lassen sie sich von neuen Ideen leiten, um gegenüber anderen Mitbewerbern in Ausbildungssparten bestehen zu können. „Wir suchen den persönlichen Kontakt mit Schülern, Lehrern und Schulen, um frühzeitig auf unsere Ausbildung aufmerksam zu machen“, berichtet Jürgen Helfrich, Leiter des Bildungszentrums und der Berufsfachschule für Krankenpflegehelfer am kbo-Isar-Amper-Klinikum München-Ost. Regelmäßig nehmen die Lehrer an Infoabenden der verschiedenen Schulen teil, um vor Ort und in persönlichen Gesprächen für ihre Anliegen und Angebote zu werben. „Diese Abende sind wichtig, denn die jungen Menschen haben viele Fragen vor allem auch zur beruflichen Weiterentwicklung“, so Helfrich. Interessant sei die Ausbildung auch deswegen, weil Schüler damit zusätzlich das Fachabitur erreichen oder sogar ein Studium parallel dazu absolvieren antreten können.

Als „sehr wichtig“ sieht Günter Feichtbauer, Schulleiter der Berufsfachschule in Taufkirchen, lokale Messen und Jobbörsen. An einem Messestand habe man die Möglichkeit, den Beruf plastisch

vorzustellen und näher zu erläutern. Praktische Beispiele und Rollenspiele erlauben es den Bewerbern, sich ein genaues Bild zu machen. Regional wirke ferner auch eine Mund-zu-Mund-Propaganda. Auszubildende berichten in ihrem Freundeskreis über ihren Werdegang und machen somit Werbung. „In Bewerbungsgesprächen hören wir immer wieder, dass eine Freundin oder ein Freund bereits bei uns sind und sich die Interessenten dadurch haben beeinflussen lassen“, berichtet Feichtbauer. Auffällig sei dabei, dass viele zunächst ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder den Bundesfreiwilligendienst geleistet haben, bevor sie die Pflegeausbildung beginnen.

Auch wenn derzeit über einen Pflegenotstand berichtet wird: Die Bewerberzahlen in den Berufsschulen sei momentan konstant. „Für die dreijährige Ausbildung haben wir genügend Bewerber, für die einjährige Ausbildung ist die Bewerberzahl gestiegen“, freut sich Helfrich. Geändert habe sich bei den Nachwuchskräften dennoch einiges. In den vergangenen Jahren sei die Zahl der Bewerber mit einem Migrationshintergrund gestiegen. Insbesondere für die einjährige Ausbildung steige diese Zahl. „Oft spürt man in den Bewerbungsgesprächen, dass viele versuchen, hier einen Fuß ins System zu bekommen“, so Helfrich. „Wir müssen heute schon an Morgen denken und für unsere Berufsfachschulen werben.“ > H. LÜTTECKE

Niederbayerns Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich sieht die Umsetzung der Richtlinie als langwieriges Projekt

„Inklusion dauert eine Generation“

Über die außerordentliche Kollegialität, mit der ich auf der Ebene des Verbandes und im Kreise der Bezirkstagspräsidenten aufgenommen wurde, bin ich sehr erfreut. Das hilft mir in meinem neuen Amt als Bezirkstagspräsident von Niederbayern auch für den Bezirktag Akzente zu setzen und die Handschrift Niederbayerns dort einzubringen“, betont Olaf Heinrich, der seit nunmehr gut einem Jahr als Nachfolger von Manfred Hölzlein an der Spitze des Bezirkstags von Niederbayern steht. Manfred Hölzlein habe den Bezirk in den 15 Jahren als Bezirkstagspräsident mit großem Geschick und politischer Weitsicht geführt. Daran knüpft Olaf Heinrich nun an. Und die ersten Erfolge, die er dabei vorzuweisen hat, machen deutlich, dass der Bezirk weiterhin auf einem guten Weg ist.

Allerdings versteht sich Heinrich auch als Mahner, wenn er die Herausforderungen bewertet, vor denen die dritte kommunale Ebene steht. So sei die Inklusion in all ihren Facetten kein Selbstläufer. Inklusion, so macht er deutlich, koste viel Geld – und gerade das müssten die Bezirke in Offenheit und Ehrlichkeit auch nach Außen hin vertreten. „Die Frage ist daher, was können wir uns leisten? Können wir die Geschwindigkeit, mit der wir im Augenblick an die inklusiven Aufgaben herangehen, wirklich durchhalten? Das muss diskutiert werden“, so der 34-jährige Bezirkstagspräsident.

Mentale Herausforderung

Für Olaf Heinrich ist die Inklusion ein Marathonlauf. Sie sei zudem eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für deren Umsetzung keinesfalls die Bezirke allein Verantwortung tragen. In diesem Zusammenhang stellt er die Frage, ob beispielsweise die Debatte



Heinrich (rechts) besucht Haus Rabenstein in Zwiesel, eine Einrichtung für Menschen mit Behinderung. FOTO BÄTER

über die jeweiligen Standards in Heimen und Einrichtungen nicht noch transparenter als bisher geführt werden müsse. „Ist hier die Option, mehr als die Mindeststandards vorzuhalten, für die Bezirke auf Dauer zu leisten? Die Überalterung der Gesellschaft und die knapper werdenden Finanzen werden uns alle dazu zwingen auch darüber neu nachzudenken“, erklärt Heinrich.

Inklusion ist für den niederbayerischen Bezirkstagspräsidenten darüber hinaus eine mentale Herausforderung. Diese im Bewusstsein der Menschen als not-

wendig zu verankern, werde „mindestens eine Generation dauern“. Auch das müssten die Bezirke, die sich der Inklusion besonders annehmen, in aller Offenheit zugeben. Die Erwartung, der Staat solle und müsse auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten alles regeln, sei zu hinterfragen. Vielmehr brauche man eine Verantwortungskultur, die sagt, was geht und was nicht geht. Insgesamt sieht Olaf Heinrich Verband und Bezirke aber auf einem stabilen Fundament.

Gerade die Tatsache, dass jeder Bezirk autark sei, trage dazu bei,

auch den Bezirktag insgesamt in seinen Aufgaben zu stärken. „Bezirkstagspräsident Josef Mederer spricht dabei in seiner Funktion für alle Bezirke – und er macht dies mit Umsicht und Erfolg“, hebt Heinrich hervor. Für die nähere Zukunft sieht er die Bezirke deshalb gut aufgestellt, wenngleich auf den Feldern der Gesundheits- und Sozialpolitik die Aufgaben wachsen und damit auch die zu lösenden Probleme zunehmen werden. Niederbayern werde dazu seinen Beitrag leisten, als starker Bezirk in einem starken Verband, verspricht Heinrich. > ULRICH LECHLEITNER

Informationsseminar der Landwirtschaftlichen Lehranstalten des Bezirks Oberfranken

Die Zukunft der Energiewende

Wohin treibt die Energiewende? In welche Erneuerbare Energien lohnt es sich in diesem Jahr zu investieren? Und wie steht es um die Stromspeicherung? Kürzlich brachten drei Experten beim Seminar „2015 in Photovoltaik oder Windkraftanlagen investieren?“ der Landwirtschaftlichen Lehranstalten des Bezirks Oberfranken Licht in das neue Erneuerbare Energien Gesetz (EEG). Innovationen gibt es im Bereich der Erneuerbaren Energien weiterhin zur Genüge. So viel stand nach dem Seminar fest. Neue Speichertechnologien, moderne Kleinwindanlagen oder geschickte Betreibermodelle machen Investitionen in Photovoltaik und Windenergie für Privatleute auch im kommenden Jahr interessant. Und das Interesse der Bürger, Energie auf umweltchonende Weise zu erzeugen, bleibt ebenfalls ungebrochen.

Michael Schmitt von der Firma Energent aus Bayreuth startete die

Vortragsreihe, indem er auf die Veränderungen in der Photovoltaikbranche der vergangenen Jahre einging. Nach diesem Rückblick erläuterte er auf anschauliche Weise, welche Veränderungen das neue EEG im Bereich Solarstrom mit sich bringt. „Das Vorurteil, dass die Photovoltaik heutzutage generell unrentabel sei, stimmt so nicht. Kleinanlagen bis zu zehn Kilowatt Leistung sind immer noch sehr wirtschaftlich, vor allem wenn man den erzeugten Strom größtenteils selbst verbraucht“, riet der Physiker vor allem den Eigenheimbesitzern.

Der Zubau von Freilandanlagen gehöre indes unter den heutigen Voraussetzungen der Vergangenheit an. Für größere Dachanlagen über zehn Kilowatt Leistung gibt es mittlerweile zahlreiche Betreiber- und Selbstvermarktungsmodelle, die Schmitt in seinem Vortrag kurz erläuterte. So könnten durch Vermietung und Verpachtung von

Dachanlagen an einen Eigenstromnutzern im unmittelbaren Umfeld Netzentgelte und die EEG-Umlage eingespart werden. So könnten sowohl Investoren als auch Stromkunden profitieren.

Daraufbauend, stellte Michael Greif von der Firma IBC Solar Varianten der Stromspeicherung dar. Bereits heute gebe es unterschiedliche Möglichkeiten, die Eigenverbrauchsquote und damit die Wirtschaftlichkeit der eigenen Photovoltaikanlage zu erhöhen. Neben thermischen Speichern stellte Greif vor allem elektrische Speichertechnologien in Form von Blei-Gel-Batterien und Lithium-Ionen-Polymer-Akkus vor. Die Speicher für den Hausgebrauch seien sehr platzsparend, hätten eine lange Lebensdauer und eine hohe Betriebssicherheit. Eine intelligente Steuerung kann das Zusammenspiel zwischen Speicherung und Einspeisung passgenau steuern. > CHRISTIAN PORSCH

Der Bezirk Mittelfranken setzt auf das Projekt „Begleiteter Übergang“

Arbeitsmarkimpulse sehen

Unlängst hat der Bezirksausschuss des Bezirks Mittelfranken die Umsetzung des Modellprojekts „Begleiteter Übergang Werkstatt – allgemeiner Arbeitsmarkt“ (BÜWA) beschlossen. Ziel dieses Projekts ist es, mehr Menschen mit Behinderung zu motivieren, den Weg aus einer Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu gehen, mehr Arbeitgeber dazu zu bewegen, Werkstattbeschäftigte einzustellen sowie die Werkstätten bei

ihren Bemühungen zur Förderung des Übergangs von Beschäftigten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu unterstützen.

An dem Modellprojekt sollen während der dreijährigen Laufzeit bayernweit 345 Werkstattbeschäftigte teilnehmen. Es wird angestrebt, dass am Ende rund 30 Prozent der Teilnehmer zusätzlich zu den bisherigen Vermittlungen in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis auf den allgemeinen Arbeitsmarkt einmünden.

In Mittelfranken können 48 Werkstattbeschäftigte teilnehmen.

Im Rahmen des Projekts gibt es drei Phasen: die Vermittlungsqualifizierung, die vertiefte Vermittlung und die Sicherung des sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses. Um die Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben zu stärken, gewähren die sieben bayerischen Bezirke für das Modellprojekt „Freiwillige Leistungen“. > E.B.

MELDUNGEN

Neuer Name nach Fusion

Die in Nürnberg ansässigen Förderzentren mit den Förderschwerpunkten Sprache, körperliche und motorische Entwicklung sowie die Tagesstätte für Körper- und sprachbehinderte, die bislang unter dem Begriff „Zentrum für Körper- und Sprachbehinderte“ zusammengefasst waren, tragen künftig den gemeinsamen Zentrumsnamen „Pädagogisches Zentrum Bertha von Suttner“. Der Bezirkstag stimmt dem gemeinsamen Antrag der drei Einrichtungen zu. Die in Prag geborene Pazifistin Bertha von Suttner wurde als erste Frau mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. > E.B.

Überarbeitete Straßenkarte

Die vor knapp 20 Jahren erstmals aufgelegte Straßenkarte *Bezirk Niederbayern à la carte* liegt nun seit Kurzem in einer aktualisierten und überarbeiteten Fassung vor. Sie zeigt das gesamte Bezirksgebiet im Maßstab 1:350 000 und enthält viele wertvolle und wichtige Informationen über den Bezirk Niederbayern. So finden interessierte Bürger die derzeitige Zusammensetzung des XV. Bezirkstags von Niederbayern, die Standorte der Bezirkseinrichtungen sowie anschaulich erläutert und bildet Informationen über die vielfältigen Aufgaben im Sozialen, der Gesundheit und der Kultur sowie die dazugehörigen Einrichtungen des Bezirks aufgelistet. Die Straßenkarte ist kostenlos erhältlich und kann schriftlich beim Bezirk Niederbayern sowie per E-Mail an pressestelle@bezirk-niederbayern.de angefordert werden. > E.B.

VERANTWORTLICH
für beide Seiten:
Bayerischer Bezirkstag,
Redaktion: Ulrich Lechleitner